

P-2 B Siemens schür kein Feuer - #stopadani

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 21.01.2020
Tagesordnungspunkt: P – Aktuelle politische Entwicklungen

Antragstext

1 In den vergangenen Monaten wurden durch die Wald- und Buschbrände in ganz
2 Australien fünf Millionen Hektar Land verbrannt. Dabei verloren mehrere Menschen
3 und Milliarden von Tieren ihr Leben, Tausende mussten vor den Bränden fliehen
4 und ihre Häuser zurücklassen. Zwar sind Feuer in Australien keine Seltenheit,
5 aber die Heftigkeit und Frequenz der Brände in den letzten Jahren sind
6 alarmierend und lassen einen deutlichen Zusammenhang zwischen globaler
7 Erderwärmung und Wetterextremen vor Ort erkennen.

8 In Anbetracht dieser verheerenden Buschfeuer in Australien ist es geradezu
9 absurd, weiter an fossilen Energieträgern festzuhalten, deren Verbrennung einen
10 enormen Ausstoß von Treibhausgasen verursacht und so die Klimakrise weiter
11 vorantreibt.

12 Trotzdem soll in Australien die größte Kohlemine der Welt erschlossen werden.
13 Der Konzern Adani Group plant damit jährlich 60 Millionen Tonnen Kohle aus fünf
14 Untertageminen und sechs Tagebaustätten der Carmichael Mine zu fördern. Alleine
15 damit wird das weltweite Kontingent an CO₂-Emissionen deutlich überschritten.
16 Die Pariser 1,5-Grad-Grenze wird durch dieses Kraftwerk allein gefährdet. Das
17 Great Barrier Reef wird durch den geplanten Transport der geförderten Kohle
18 massiv gefährdet und das gesamte Ökosystem bedroht! Außerdem schweben indigene
19 Bevölkerungsgruppen in der Gefahr durch das Großprojekt ihre Lebensgrundlagen zu
20 verlieren.

21 Die Technik für eine 200 Kilometer lange Signalanlage, die die Mine mit dem
22 regulären Schienennetz verbinden soll, will der Konzern Siemens bereitstellen.
23 Obwohl sich der Konzern selbst das Ziel auferlegt hat, bis 2030 klimaneutral zu
24 wirtschaften, handelt er durch die Beteiligung an diesem Großprojekt entgegen
25 der eigenen Prinzipien und gegen die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen
26 sowie Menschen im globalen Süden.

27 Als Grüne Jugend fordern wir Siemens dazu auf, die Beiteiligung zu überdenken
28 und sich – so wie es die konkurrierenden Unternehmen auch getan haben – aus dem
29 Projekt zurückzuziehen. Siemens muss Verantwortung übernehmen – nicht nur für
30 seine Shareholder. Den Bekenntnissen des Unternehmens zu den Pariser Klimazielen
31 müssen Taten folgen. Schluss mit dem Greenwashing!

32 Doch eigentlich darf es gar nicht soweit kommen, dass einzelne Unternehmen
33 gravierende Entscheidungen über unsere Zukunft fällen können. Die Klimakrise

34 kann man nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen von Unternehmen stoppen;
35 es bedarf im Gegensatz dazu einer starken Ordnungspolitik. Denn Siemens handelt
36 innerhalb der Prämissen des Kapitalismus rational und hält sich an die
37 vorgeschriebenen Vertragsrichtlinien. Wenn man Unternehmen dazu bringen möchte,
38 in Zukunft nur noch erneuerbare Energien und klimafreundliche Projekte zu
39 unterstützen, muss der Staat Verantwortung übernehmen und eine klare, stringente
40 Klimapolitik beschließen, die belohnt, was Menschen nützt, und bestraft, was
41 unsere Lebensgrundlagen bedroht.

42
43 Deswegen wollen wir, dass weltweit fossile Energieträger und insbesondere Kohle
44 überflüssig gemacht werden. In diesem Zusammenhang fordern wir einen Ausstieg
45 aus der Kohlekraft in Deutschland bis 2025 und in Europa bis 2030. Desweiteren
46 brauchen wir einen europäischen Green Deal, der den Ausbau der erneuerbaren
47 Energien beschleunigt, nur noch klimaneutrale Industrien unterstützt und eine
48 Transformation aller Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und
49 Abfallwirtschaft bis spätestens 2040 vornimmt. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass
50 diese Maßnahmen unter einem europäischen Klimavorbehalt zusammengefasst werden,
51 welcher alle zukünftigen Gesetze in Europa darauf prüft, ob sie mit
52 Klimaneutralität vereinbar sind.

53
54 Uns ist klar, dass die Klimakrise nicht innerhalb des kapitalistischen Systems
55 bekämpft werden kann, deshalb setzen wir uns als Grüne Jugend langfristig für
56 die Überwindung des Kapitalismus ein.